

## "Das Nein an der Saar" in Süddeutsche Zeitung (25. Oktober 1955)

**Legende:** Am 25. Oktober 1955 kommentiert die Süddeutsche Zeitung die Ergebnisse der Volksbefragung über das Saarstatut vom 23. Oktober 1955 und untersucht die Auswirkungen der Abstimmung auf die deutsch-französischen Beziehungen.

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHÖNINGH, Dr. Franz Josef; SCHWINGENSTEIN, August ; Herausgeber FRIEDMANN, Werner. 25.10.1955, n° 253; 11. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/Das\\_Nein\\_an\\_der\\_Saar\\_in\\_Suddeutsche\\_Zeitung\\_25\\_Oktober\\_1955-de-7f2334c9-4398-4cf0-9b4f-c17e49fed605.html](http://www.cvce.eu/obj/Das_Nein_an_der_Saar_in_Suddeutsche_Zeitung_25_Oktober_1955-de-7f2334c9-4398-4cf0-9b4f-c17e49fed605.html)

**Publication date:** 12/08/2011

## Das Nein an der Saar

Von Maxim Fackler

Das Ergebnis der Volksabstimmung im Saarland ist eindeutig – dies ist eines der günstigen Momente des Ereignisses, das so viele Leidenschaften in Bewegung gebracht und so viele offene Fragen hinterlassen hat. Das Saarstatut ist mit einer glatten Zweidrittelmehrheit abgelehnt worden, und dies bei außerordentlich hoher Beteiligung: nicht häufig gehen 96 Prozent der Wahl- oder Abstimmungsberechtigten zu den Urnen. Eine Flut von Nein-Stimmen hat das Vertragswerk der Staatsmänner hinweggespült. Ihr Erfolg ist durchschlagend, aber was mit dem Nein nun praktisch anzufangen ist, vermag niemand zu sagen. Im Saargebiet wird ein neuer Landtag gewählt werden, eine neue Regierung wird aus ihm hervorgehen, und sie wird eine Regierung des Neins zum Saarstatut sein, das heißt eine Regierung für die Rückgliederung an Deutschland. In erster Linie ist sie es, die nun mit Frankreich zusammenarbeiten muß, denn das Nein hat am Status quo nichts zu ändern vermocht. Daß die Ablehnung des Statuts eine Rache sozusagen an Grandval ist, enthebt die Vorkämpfer des Neins nicht der Aufgabe, mit Grandvals Nachfolger verkehren zu müssen. Die Gewinner sprechen zwar heute nicht mehr genau die Sprache, die sie noch am Vorabend der Abstimmung verwendet haben. Heute fragen sie sich, welchen tatsächlichen Nutzen ihre Sache von der Ablehnung hat. Das Echo in Frankreich reicht bis zum finstersten Pessimismus, und er gilt nicht nur der Entwicklung im Saarland, sondern der deutschen Zukunft, und das heißt der europäischen Zukunft ganz allgemein. Wo stehen sie schon, wieder die Deutschen? wird teils erschrocken und teils verängstigt gefragt. In dieser Stimmung das Zusammenleben von Saarländern und Franzosen ohne Reibungen neu in die Wege leiten zu müssen, ist die erste sichtbare Folge der Ablehnung des Statuts.

Wer immer ein Ja zum Saarstatut gewünscht hatte und jetzt die Ablehnung bedauert, wird um so gewissenhafter prüfen, warum es zum Nein gekommen ist. Haben die Anhänger des Statuts nur einen schönen Traum geträumt? War das Statut eine Illusion, ein Irrtum, ein politischer Fehler oder gar ein Trick, wie seine Gegner behauptet haben? Die ohnedies schwer abzugrenzenden Begriffe Patriotismus, Nationalismus und Chauvinismus hatten sich im Abstimmungskampf um das Statut grob verwirrt. Die sachlichen Argumente blieben im Hintertreffen, auf der vorderen Bühne stritten Gefühle. Die nüchterne Betrachtung, was im besten Fall an der Saar zu erreichen sei, war entschieden zu kurz gekommen. Lag der Grund vielleicht darin, daß beim Abschluß des Saarabkommens die nüchterne Überlegung eine allzu große Rolle gespielt hatte? Zwar hatten auch Adenauer und Mendès-France anerkannt, daß ohne eine gewisse Beteiligung des Gefühls eine deutsch-französische Verständigung nicht erreicht werden kann, der Abschluß des Saarabkommens war dann aber ein reiner Willensakt. Es war eine Geste der Verständigung zwischen den Nachbarn, doch wurde sie nur zwischen den Regierungen vollzogen. Die Völker blieben innerlich unbeteiligt. Die Saarländer aber wurden durch das Referendum beteiligt, ja direkt zu Schiedsrichtern über den Willensakt der zwei Regierungen aufgerufen, und dies mußte ihren Gefühlen einen gewaltigen Auftrieb geben, zumal da sie bis dahin ihr politisches Dasein nicht in Freiheit hatten bestimmen können. Die innere Beteiligung schäumte über, der Ton wurde hart, er wurde in hohem Grade antifranzösisch.

Dazu hatte das Statut insofern den Anlaß gegeben, als es nur Ja oder Nein zu der in ihm enthaltenen Lösung erlaubte, nicht aber vom Anschluß an Deutschland sprach. Daß das Statut nur als Zwischenlösung gedacht war, wurde entweder nicht geglaubt oder nicht deutlich erkannt. Französische Erklärungen hatten dazu beigetragen, in ihm die endgültige Regelung zu sehen. Deshalb wollten es zum Schluß zwei Drittel der Saarländer nicht. Da sie aber auch den Status quo für überlebt halten – und in diesem Punkt stimmten ja auch alle Anhänger des Statuts mit ihnen überein – und da sie es müde waren, Ministerpräsident Hoffmann weiter amtieren zu sehen, so schlug ihr Ton vielfach ins Grelle um. Daß auch bei Annahme des Statuts Hoffmann hätte zu Fall kommen müssen, zählte für sie nicht mehr. Das war es, was wir während des Abstimmungskampfes die Verkehrung der Fronten nannten. Dazu kam, daß das Statut keine Meisterleistung an Genauigkeit der Formulierungen war. Die Eilbedürftigkeit bei der Abfassung war recht sichtbar, und danach wurde versäumt, nachträglich noch zu verbessern, was im nächtlichen Gespräch zwischen Adenauer und Mendès-France in Celle Saint-Cloud ausgehandelt worden war. Hinterher zeigt sich, daß der entscheidende Irrtum wohl der war, eine *Zwischenlösung* dem Volksentscheid zu unterbreiten. Geht dies nicht über die Kraft und Möglichkeit der Demokratie? Wir reden nicht dem Schacher mit Menschen das Wort, so, als hätten die Regierungen über die Köpfe der Saarländer hinweg dekretieren sollen, aber wir

stellen die Gewissensfrage, ob nicht ein demokratisches Prinzip überspannt worden ist.

Heute, wo allerlei Gewissenserforschungen angestellt werden, was falsch gemacht worden ist, fragen sich Anhänger und Gegner des Statuts, wer – außer Ministerpräsident Hoffmann – durch seine Ablehnung eine Niederlage erlitten hat: Frankreich, der Bundeskanzler, Europa? Viele Franzosen sind schmerzlich bewegt, weil sie erkennen, daß sie sich einer optischen Täuschung hingegeben hatten; sie hatten allen Ernstes geglaubt, Frankreich habe in den zehn Nachkriegsjahren im Saarland so viel Boden gewonnen, daß die Saarländer nichts lieber täten, als den Gedanken der vollen Rückgliederung an Deutschland zu begraben. Sich nun der Wahrheit gegenüber zu sehen, führt zu konvulsivischen Zuckungen, zu neuen Ängsten vor den unzuverlässigen Deutschen überhaupt. Wahrscheinlich haben die Franzosen nie genau gesehen, daß die Klammer, die das offizielle Frankreich um die Saar legte, zwar am Anfang von den Alliierten (nicht von der Sowjetunion) stillschweigend geduldet wurde, daß aber ein Anspruch auf Entschädigung für die durch Hitlers Überfall erduldeten Übel noch nicht automatisch einen Rechtstitel zur Einkassierung eines Gebietes als Reparation begründet. Gilbert Grandval, dem wir beim besten Willen keine warmen Worte zu seinem Abschied von Saarbrücken nachrufen konnten, für den geeigneten Mann zu halten – diesem Irrtum unterlag merkwürdigerweise offenbar die führende politische Garnitur in Paris weithin. Die Versicherung (die Madame Dominique Auclères vom Figaro in den Spalten unserer Zeitung aussprach), kein Mensch zweifle in Frankreich daran, daß die Saar deutsch sei, hilft nicht über die Tatsache hinweg, daß Grandval die Saarländer nur in beschränktem Maße sich einrichten ließ, wie sie es gerne gewollt hätten.

Eine Niederlage für Adenauer? Diese Frage ist zusammen mit der Frage nach Europa zu beantworten. Der Abschluß des Saarabkommens war, sagten wir, ein Willensakt, um in dem konkreten Punkt der Saarfrage zu einer deutsch-französischen Verständigung zu gelangen, damit es auch in den europäischen Dingen weitergehen könne. An europäischen Plänen stand damals die Gründung der Westeuropäischen Union, der Teilnachfolgerin der EVG, zur Debatte. Ihretwegen kam das Saarstatut zustande, das heißt, es war *ein Mittel zum Zweck*. Die Westeuropäische Union hat sich dann bereit erklärt, das Saarland unter seine Obhut zu nehmen. Ob sie nicht nur eine militärische Gruppierung ist, sondern auch eine politische Gemeinschaft sein kann, sollte sich an der Patronanz über das Saargebiet erweisen. Das Saarstatut war also gewissermaßen ein Vehikel, den europäischen Gedanken voranzubringen. Wenn das Vehikel nun den Saarländern selbst nicht gefallen hat, so ist der europäische Gedanke damit noch längst nicht begraben. Seit dem Beginn des Saarkampfes haben wir davor gewarnt, „Europa“ für tot und erledigt anzusehen, falls das Statut abgelehnt wird. Entweder hat das europäische Bewußtsein Lebenskraft oder es hat keine. Ist es lebensfähig, dann wird es den Rückschlag an der Saar überstehen.

Der Rückschlag wirkt sich am stärksten im deutsch-französischen Verhältnis aus. Wie könnte es anders sein! Man muß da wieder ziemlich weit vorne beginnen. Adenauer und Faure haben sich zwar über das Grab des Saarstatuts hinweg ermunternde Telegramme zugeschickt, aber dies ist noch nicht viel mehr als eine Geste: Angesichts der bevorstehenden Genfer Konferenz möchte man Molotow nicht den schmunzelnden Dritten werden lassen. In Paris erklärt man ferner zwar, durch das Nein sei eine neue Lage entstanden, aber von dieser Feststellung zu neuen Taten zu schreiten, hängt von vielerlei ab: vom innerfranzösischen Gespräch über Neuwahlen und von der Entwicklung in Nordafrika.

Die falsche Einsetzung der europäischen Note im Saarstatut und im Abstimmungskampf haben wir für eine der Halbheiten gehalten, die der deutsch-französischen Abmachung anhafteten. Wir hatten noch andere Mängel festzustellen, aber trotzdem hatten wir das Statut für eine brauchbare Übergangsmöglichkeit angesehen. Die Entscheidung vom Sonntag ist negativ ausgefallen. Wir möchten meinen, sie sei negativ in doppeltem Sinne. Einmal liegt das zählbare Nein der Zweidrittelmehrheit vor, zum anderen aber sind die Nein-Stimmen nur davon ausgegangen, was das Statut *nicht* enthielt. Was es hätte bringen sollen, wurde, daran gemessen, für wertlos gehalten. Aber auch die prodeutschen Parteien haben, wenigstens im Anfang des Abstimmungskampfes, zu verstehen gegeben, sie rechneten keineswegs damit, daß eine Ablehnung des Statuts alsbald den Anschluß an Deutschland bringen wird. Und Hoffmanns Sturz wäre spätestens am 4. Dezember bei den Landtagswahlen besiegelt worden. Das Statut sollte die französische Vorherrschaft an der Saar abbauen, sollte den Willensakt der Regierungen allmählich auf die Völker übertragen und die Völker dahin bringen, daß sie Geduld miteinander haben müßten. Daß dies alles nun neu durchdacht werden muß, halten wir nicht für einen Glücksfall.